



Korrekturen am Corona-Gesetz: Zu wenig – zu spät Erstes Ampelgesetz musste gleich repariert werden.

Die Unionsfraktion hat der neuen Regierung Halbherzigkeit in der Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgeworfen. In der Debatte zur Reform des Infektionsschutzgesetzes kritisierte der stellvertretende Fraktionschef Stephan Stracke die Ampel-Koalition mit den Worten: „Sie handeln zu spät und Sie handeln zu wenig.“

Angesichts anhaltend hoher Infektionszahlen und einer Überlastung des Gesundheitswesens muss die Koalition ihr Infektionsschutzgesetz bereits zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen nachbessern. Die Unionsfraktion hat bereits bei der ersten Fassung im November vehement auf solche Korrekturen gedrungen und tut es auch jetzt. Sie bemängelt vor allem, dass die Koalition den Instrumentenkasten der Länder im Kampf gegen Corona ausgedünnt hat, indem sie die epidemische Lage am 25. November auslaufen ließ und durch ein unzureichendes Gesetz ersetzte.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thorsten Frei stellte daher fest: „Sie reparieren und reparieren und reparieren und werden damit letztlich den Notwendigkeiten in unserem Land nicht gerecht.“

Josef Rief hatte mit seiner Fraktion dem Gesetz zugestimmt. In einer Protokollerklärung sprach er sich für eine altersbezogene, allgemeine und gegen eine sektorale Impfpflicht aus.

Das neue Reparaturgesetz, gehe zwar in die richtige Richtung, dennoch greife es wieder zu kurz: „Das hat mehr mit Ideologie zu tun als mit einer stringenten und klaren Pandemiebekämpfung.“ Das Mittel der Wahl sei immer noch die Feststellung der epidemischen Lage. Thorsten Frei äußerte seine Verwunderung darüber, dass die SPD in der vergangenen Legislatur bei sehr viel niedrigeren Inzidenzen der epidemischen Lage regelmäßig zugestimmt habe, sie ausgerechnet in der jetzigen Lage aber ablehne.



In dieser Woche wurde das Regio-S-Bahn-Konzept für die Südbahn präsentiert. Am 12. Dezember geht es nach der Elektrifizierung endlich los. Damit ist der Wahlkreis Biberach besser an die Region Stuttgart, S21 und den Flughafen angebunden. Die CDU-Abgeordneten der angebundenen Landkreise hatten vor über 10 Jahren den damaligen Bundesverkehrsminister davon überzeugt, dass eine Elektrifizierung kommen muss und auf dessen Umsetzung gedrungen. Josef Rief verfolgte die Online-Präsentation in seinem Berliner Büro.

Die Neuregelung erlaubt den Ländern unter anderem, bei hohen Inzidenzen Versammlungen und Veranstaltungen zu untersagen. Auch die Gastronomie kann geschlossen werden, Fitnesscenter und Sporthallen jedoch nicht. Reisen und Übernachtungen werden weiter möglich sein. Ausgangssperren sind ausgeschlossen.

Für Länder, die Maßnahmen unter der alten Rechtsgrundlage der epidemischen Lage verhängt haben, wird die Gültigkeitsdauer erneut verlängert – nun vom 15. Dezember auf den 15. Februar. Das Gesetz erlaubt vorübergehend auch Apothekern, Zahn- oder Tierärzten, Impfungen auszuführen, sofern sie dafür geschult sind. Es sieht außerdem eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte vor, die etwa in Kliniken, Pflegeheimen oder Arztpraxen arbeiten. Die Union hatte vorgeschlagen, Lehrer und Erzieher in Kitas ebenfalls in diese Impfpflicht einzubeziehen und einen Bonus für Intensivpflegekräfte auch in dieser Welle endlich umzusetzen. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

